

Pressekonferenz zur Lancierung der Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten
Bern, 30. Juni 2006

Kriegsmaterial-Exporte unterlaufen die Friedens-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik

Remo Gysin, Nationalrat SP

Im Jahr 2004 überstiegen die weltweiten Ausgaben für Militär und Rüstung erstmals seit Ende des Kalten Krieges wieder die Marke von einer Billion US-Dollar. Diese neue Welle der Aufrüstung im Rahmen des so genannten «Kriegs gegen den Terror» ist verheerend, gerade für Entwicklungsländer. Mit ihren Kriegsmaterial-Exporten bestärkt die Schweiz die Regimes vieler Länder in ihrer falschen Prioritätensetzung: So werden z.B. Waffen in den Oman geliefert – ein Land, das mehr für die Armee ausgibt als für Bildung und Gesundheit zusammen!

Auch Botswana wird regelmässig mit Schweizer Kriegsmaterial eingedeck. In den Jahren 2003 bis 2005 bezog das Land Panzer und andere Waffen im Wert von über 93 Millionen Franken aus der Eidgenossenschaft. Die durchschnittliche Lebenserwartung in Botswana liegt aufgrund der AIDS-Epidemie unter 35 Jahren. Es ist offensichtlich, dass die Menschen in Botswana nicht noch mehr Waffen, sondern medizinische Hilfe brauchen.

Auch Regimes, die mit Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang gebracht werden, stehen auf der Liste der Abnehmer von Schweizer Kriegsmaterial. Zuletzt wurde im Frühling dieses Jahres die Ausfuhr von Schusswaffen nach Ägypten bewilligt, obwohl das Mubarak-Regime laut Amnesty International zunehmend gewaltsam gegen die demokratische Opposition vorgeht. Seit 1970 wurde Kriegsmaterial im Wert von insgesamt 1,8 Milliarden Franken an 13 Staaten des chronischen Konfliktgebiets Nahost geliefert. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Eskalation der Lage im Nahen Osten ist die schweizerische Bewilligungspraxis absolut verantwortungslos.

Widersprüchlich ist auch die Rolle der Schweiz im Bezug auf die Kleinwaffen. Rund 1'000 Menschen sterben weltweit pro Tag durch solche Waffen. Eigentlich scheint der Bund das Problem erkannt zu haben: Am vergangenen Dienstag forderte der Schweizer Vertreter Anton Thalmann die Vereinten Nationen an einer entsprechenden Konferenz dazu auf, sich für eine stärkere Kontrolle der Kleinwaffen zu engagieren. Gleichzeitig ist die Schweiz aber nach den USA die weltweit zweitgrösste Exporteurin von Kleinwaffen-Munition. Die schönen Worte auf der Bühne der internationalen Politik wirken zynisch, wenn gleichzeitig die Bereitschaft fehlt, die eigene Waffenausfuhr-Praxis zu überdenken.

Bundesrat und Parlamente sind nicht bereit, diesen Missstand zu beheben. Sie haben im letzten Jahr den Antrag abgelehnt, Waffen und Kriegsmaterial von der Schweizerischen Exportrisikoversicherung auszuschliessen. Zwei aktuelle Vorstösse, welche die Kriterien für Kriegsmaterial-Exporte griffiger fassen wollen, werden von der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates ebenfalls abgelehnt. Die Interessen der Rüstungslobby werden offenbar höher gewichtet als die Rechte der Opfer von Krieg und Gewalt. Mit Waffenausfuhren unterläuft die Schweiz ihre eigenen entwicklungs- und friedenspolitischen Bemühungen. Deshalb braucht es die Initiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten. Und deshalb hat auch die SP an ihrer Delegiertenversammlung vom vergangenen Dienstag mit klarer Mehrheit beschlossen, diese Initiative zu unterstützen.